

Die Bundeswehr bereitet sich auf ihren Einsatz im Innern vor In „ganz Deutschland“ auch mit militärischen Kampfmitteln

Die Vorbereitung des Einsatzes der Bundeswehr hat 2001 mit dem Aufbau der sogenannten zivil-militärischen Zusammenarbeit im Innern (ZMZ/I) begonnen. Das ist nach Art. 35 Absatz 2,3 GG bei „Naturkatastrophenschutz und bei besonders schweren Unfällen“ legal. Anders der Einsatz mit militärischen Mitteln, worauf der Sicherheitsminister Wolfgang Schäuble sowie Kriegsminister Franz Josef Jung (der sogenannte Verteidigungsminister ist für alle Kriege zuständig, nicht nur für Verteidigungskriege) immer wieder drängen.

Durchgängig beschrieben ist dieser Komplex im so genannten „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“. Dort wird an mehreren Stellen die Forderung nach einer Grundgesetzänderung zum Einsatz militärischer Kampfmittel im Innern gestellt. Begründet

wird das mit immer stärkerer Verflechtung innerer und äußerer Sicherheit und der Abwehr terroristischer und anderer sogenannter „asymmetrischer Bedrohungen“. Es wird bedauert, dass die Streitkräfte auf die Waffen beschränkt sind, „die das jeweils einschlägige Recht für die Polizeikräfte vorsieht.“

Der Sicherheitsbegriff wird neu beschrieben. Unter vernetzte Sicherheit heißt es: Sicherheit könne „weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz [...] in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen. Diese Strukturen umfassen, so heißt es weiter, „neben den klassischen Feldern der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik unter anderem die Bereiche Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik.“

Man kann das kürzer ausdrücken: Praktisch alle Politikbereiche, alle Ressorts sollen ihren Beitrag zur Sicherheit leisten und dabei mit dem Militär kooperieren. So wie es in Kriegszeiten immer schon war.

Um schon mal Parlament und Bundesverfassungsgericht über die Medien für eine Verfassungsänderung weich zu klopfen, verkündete der deutsche Kriegsminister Franz Josef Jung: „Wenn eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben der Bevölkerung besteht, würde ich aufgrund übergesetzlichen Notstandes den Befehl geben, das Flugzeug abzuschießen“ (Berliner Zeitung vom 5. März 2006). Ein übergesetzlicher Notstand für einen gezielten Abschuss von entführten Passagierflugzeu-

gen berechtigt Jung nicht zu so einem Befehl. Dementsprechend lautet die Empfehlung des Bundeswehrverbandes und des Verbandes der Besatzungen strahlgetriebener Kampfflugzeuge, einen entsprechenden Abschussbefehl nicht auszuführen.

Nach dem Soldatengesetz darf ein Soldat einen Befehl nicht ausführen, wenn dadurch eine Straftat begangen wird. Würde der Soldat den Befehl ausführen, müsste er sich vor Gericht verantworten.

Kriegsminister Franz Josef Jung will ohne Not zum Gesetzesbruch aufrufen. Eigentlich müsste diese mörderische Absichtserklärung eines Mitglieds der Bundesregierung Konsequenzen haben.

Jedoch die veröffentlichte Meinung nimmt es fast unreflektiert hin.

Der „Einsatz mit militärischen Mitteln im Innern“ ist lediglich das „Sahnehäubchen“ für die Bundeswehr. Die Struktur im Rahmen der ZMZ/I ist in materieller und personeller Hinsicht in der Fläche bereits aufgebaut. Alles geschieht im Rahmen von Artikel 35 (Abs. 2,3) GG „...Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“ kann ein Land die Bundeswehr anfordern. Um die Bundeswehr gemäß den Wünschen von Jung und Schäuble im Innern einzusetzen, müsste das Grundgesetz an dieser Stelle geändert werden.

Einige Sätze zur bundesweiten Struktur

Aus dem Inhalt

Bundeswehreinätze im Innern
Militärischer Jahresrückblick
Preisrätsel
Zwangsdienste abschaffen
Termine
Adressen



der ZMZ/I. Ich lasse die Bundeswehr selbst zu Wort kommen. Generalleutnant Kersten Lahl, als Befehlshaber eines Streitkräfteunterstützungskommandos, sagte in einem Interview in „Bevölkerungsschutz 1/2007“ unter anderem: „Dem Kommando sind die vier Wehrbereichskommandos in Kiel, Mainz, Erfurt und München unterstellt, deren Verantwortungsbereiche jeweils mehrere Bundesländer umfassen...“ Dazu kommt das Standortkommando Berlin. Wie bei der Verteidigung Deutschlands nach außen (Strucks „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt.“) erfolgt auch da, im Rahmen der so genannten Transformation der Bundeswehr, eine Neuorientierung. Lahl weiter: „Das bedeutet im Klartext: Für jedes Bundesland stellen wir ein Landeskommmando am Sitz der Landesregierung auf. Zusätzlich erhält jeder Regierungsbezirk ein Bezirksverbindungskommando. Und vor allem: Jeder Landkreis beziehungsweise jede kreisfreie Stadt erhält künftig ein eigenes Kreisverbindungskommando. Diese sind jeweils mit ortsansässigen Reservisten besetzt und werden durch den so genannten ‚Beauftragten der Bundeswehr für Zivil-Militärische Zusammenarbeit‘ geführt.“

In Mainz befindet sich das bereits erwähnte Wehrbereichskommando II. Hier wurde gegen Ende letzten Jahres der Chef des Kommandos ausgewechselt. Der Neue hat sich im Januar beim Mainzer Oberbürgermeister Beutel vorgestellt und die Mainzer Allgemeine Zeitung vom 31.01.09 schrieb dazu über die Tätigkeit des Generals mit „zwei Standbeinen“: „... Zum einen ist er für das Landeskommmando der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, zum anderen als Truppenführer für die Aus-

bildung der Soldaten und ihre Entsendung zu Auslandseinsätzen zuständig.“ Bleiben wir bei der ZMZ in den Landeshauptstädten Düsseldorf, Mainz, Wiesbaden und für das Saarland in Saarlouis. In Rheinland-Pfalz ist in Trier ein Bezirksverbindungskommando am Sitz der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion des Landes eingerichtet worden. Auf Kreisebene gibt es die Kreisverbindungskommandos. Diese sind regelmäßig mit einem Staboffizier der Reserve besetzt. Dieser heißt „Beauftragter des Kreisverbindungskommandos“ und soll über Führungsqualitäten verfügen und ortsansässig sein.

Die „personelle Basis“, so der Bundeswehrjargon, bilden die Kreisgruppen des Reservistenverbandes. An Informationsständen der Bundeswehr, so auf der Rheinland-Pfalz-Ausstellung, war ein Faltblatt des Reservistenverbandes e.V. ausgelegt. Das Faltblatt ist in seiner Aufmachung kaum vom Werbematerial der Bundeswehr zu unterscheiden. Zu finden ist dort auch eine „Transformation des Verbandes der Reservisten der deutschen Bundeswehr e.V.“ Interessant (!) - auch dieser eingetragene Verein, mit einem rechtlichen Status eines Gesangsvereins e.V., wird wie die Bundeswehr transformiert. Dazu gibt es eine „Konzeption 2015“. Auf dieses 15-seitige Papier will ich hier nicht näher eingehen. Nur soviel, es beginnt mit „Zweck und Zielsetzung“ und schreibt zunächst über sich und seinen Auftraggeber: Der Verband war und bleibt ein eingetragener Verein, der im Auftrag des Deutschen Bundestages Reservisten/Reservistinnen der Bundeswehr betreut und ausbildet. Er soll „transformiert werden zu einem hochmodernen, an der veränderten und erweiterten sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands orientierten Verband, der die Bundeswehr in

der Erfüllung ihres Auftrages durch Arbeit an [sic!] allen Reservisten/Reservistinnen und insbesondere der Verbandsmitglieder unterstützt“. Dann gibt es noch ein Strategiepapier des Verbandes vom 15.03.05, das der Verteidigungsausschuss des deutschen Bundestages billigend zur Kenntnis genommen hat. Diese beiden Papiere, im Zusammenhang mit den Änderungen des Wehrpflichtgesetzes, bedürfen einer besonderen Betrachtung, die ich hier aus Platzgründen nicht weiter ausführen kann. Es tritt offensichtlich eine neue Struktur auf, eine Erweiterung unserer Sicherheitsorgane. Vielleicht eine Art „Heimatschutztruppe“. Man könnte vermuten, die Freikorps aus der Weimarer Zeit würden wieder zum Leben erweckt. Gefährlich für die freiheitliche Demokratie wird die Sache zusätzlich, wenn sich Wolfgang Schäuble, der Bundessicherheitsminister mit seinem Dauerbrenner zum „Einsatz der Bundeswehr im Innern mit militärischen Mitteln“ durchsetzt.

Zu sehen ist jedenfalls, dass auch die Reservisten hier vor Ort schon mal entsprechend weitergebildet werden. Die Kreisgruppe Rheinhessen des Verbandes veranstaltete im März diesen Jahres einen sicherheitspolitischen Informationsabend mit Podiumsdiskussion, Bilddokumentation und Aussprache, Foyergesprächen und Umtrunk in der Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim zum Thema „Zivil-Militärische Zusammenarbeit. Neue Wege der Bundeswehr, Sachstand und Perspektiven.“

Hans Ripper

Die Redaktion des Friedlichts kann dazu nur sagen: **ReservistInnen, WEHRT EUCH! Lasst Euch nicht nachträglich in diese Kriegsmaschinerie ziehen!**

Jahresrückblick

Was ist seit dem letzten Ostermarsch passiert?

Redemanuskript für den Ostermarsch Mainz Wiesbaden 2009 (gekürzt)

Ich begrüße Euch herzlich zu dem diesjährigen Ostermarsch Mainz/Wiesbaden. Es ist nach wie vor wichtig gegen Rüstung, Militär und Kriege Zeichen zu setzen. Ich wünschte mir, es wären wesentlich deutlichere und massivere Zeichen, denn Krieg und Militär werden heute leider auch in der Bundesrepublik immer mehr als ein legitimes Mittel der Politik angesehen. Deutschland ist im Krieg. Die Bundeswehr ist an vielen Stellen der Welt präsent. Es scheint kein Ende in Sicht, dass militärischen Lösungen vor zivilen Vorzug gegeben wird.

Im Februar letzten Jahres erklärte sich der Kosovo zum unabhängigen Staat. Die

Unabhängigkeit wurde von gut einem Viertel der UN-Mitgliedsstaaten darunter auch Deutschland anerkannt. Andere Staaten halten diese einseitige Unabhängigkeitserklärung für rechtswidrig. Russland protestiert gegen diese Anerkennung.

Mitte März 2008 erreichten uns Meldungen zu Unruhen in Tibet, die blutig von China niedergeschlagen wurden. Der völkerrechtliche Status von Tibet ist umstritten. Die Friedensbewegung blieb eher still zu der Tibetfrage. Ich fordere nicht, dass Tibet ein eigenständiger Staat wird und ich fordere nicht, dass Tibet zu China gehören soll. Was übrig bleibt, ist das Verurteilen von Gewalt und die Achtung der Menschenrechte einzufordern auf beiden Seiten. Auf dem Os-

termarsch am 22. März letzten Jahres kamen Kosovo und Tibet nicht zur Sprache. Es gab leider niemanden, der sich angeboten hatte, dazu zu sprechen.

Auf dem Ostermarsch sprach aber im letzten Jahr der US-Deserteur Chris Capps-Schubert. Seitdem ist der Widerstand unter US-amerikanischen Soldaten und Soldatinnen gewachsen. Bei Anhörungen in Washington und in Freiburg haben Veteranen der Kriege in Irak und Afghanistan eindrucksvoll von ihren Erfahrungen berichtet. Ein US-Deserteur, André Shepherd, hat im November politisches Asyl in Deutschland beantragt. Er braucht unsere Unterstützung.

Im April hat die NATO Albanien und Kroatien zum Eintritt eingeladen. Nach En-

de des Kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Pakts haben viele gehofft, dass die NATO ebenfalls aufgelöst wird. Dies ist nicht geschehen. Im Gegenteil: Die NATO hat sich neue Aufgaben gegeben und sich kontinuierlich vergrößert.

In Mainz fand Ende Mai das erste öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr seit dem Jahr 2000 statt. Die Proteste gegen diese militärische Machtdemonstration und Werbung für Krieg waren klein aber fein. Vielleicht hatten wir erreicht, dass die Bundeswehr vor dem Gelöbnis kaum an die Öffentlichkeit getreten ist, aber wir konnten diese Werbeveranstaltung der Mordserkerle nicht sonderlich beeinträchtigen.

Die Bundeswehr tritt immer häufiger im öffentlichen Raum auf: Sie wirbt in Schulen, Arbeitsagenturen, Fußgängerzonen, bei Berufsausbildungsmessen und Jugendfestivals. Die Wirtschaftskrise ist für die Bundeswehr eine willkommene Rekrutierungshilfe, aber es spricht sich herum, dass ein Arbeitsplatz bei der Bundeswehr in Afghanistan immer öfter nicht sicher, sondern todsicher ist. Umso offensiver und penetranter tritt die Bundeswehr auf.

Erfreulich ist, dass auch der Widerstand wächst. Immer öfter werden Werbeveranstaltungen der Bundeswehr von Protestaktionen begleitet und manchmal auch empfindlich gestört: Anti-Rekrutierung gegen die Rekrutierung!

Der deutsche Staat hält weiterhin verbissen am Zwang zum Kriegsdienst fest. Junge Männer werden nach wie vor zu Musterungen, Gewissensprüfungen, Militärdienst oder Ersatzdienst gezwungen. Totale Kriegsdienstverweigerer werden weiterhin strafrechtlich verfolgt. Dabei haben die meisten Mitgliedsstaaten und Kandidatenländer von NATO und EU den Zwang zum Kriegsdienst abgeschafft.

Auch im vergangenen Jahr wurden Menschen in vielen Staaten zum Kriegsdienst gezwungen. Kriegsdienstverweigerer werden in Staaten wie Armenien für mehr als zwei Jahre inhaftiert. In der Türkei drohen Verweigerern jahrelange wiederholte Strafen. Damit missachtet der türkische Staat den Europäischen Gerichtshof.

Im Juni wurde durch einen Volksentscheid in Irland der Vertrag von Lissabon abgelehnt. Welche Gründe die Iren auch hatten – ich freue mich. Der Vertrag von Lissabon ist kaum etwas anderes, als der gescheiterte EU-Verfassungsvertrag. Einen EU-Vertrag,

der eine Aufrüstungsverpflichtung enthält, lehne ich ab.

Anfang August weitete sich dann der Kaukasus-Konflikt mit dem Einmarsch georgischer Truppen in Südossetien aus. Daraufhin greifen russische Truppen ein, drängen die georgische Armee zurück und marschieren bis ins georgische Kernland vor. Schätzungsweise 100.000 Menschen wurden vertrieben. Am 11. August erkannte Russland Südossetien und Abchasien als unabhängige Staaten an. Russland beruft sich auf die einseitige Anerkennung des Kosovo.

Am 20. September demonstrierten in Stuttgart und Berlin leider nur insgesamt ca. 10.000 Menschen gegen den Militäreinsatz in Afghanistan. Die Presse ignorierte weitgehend die Proteste unter anderem, da die am selben Tag stattfindenden Proteste gegen den Antiislamisierungskongress in Köln die besseren Bilder lieferte.

Im Oktober und November beschloss dann der Bundestag die Mandate zur Unterstützung des Wiederaufbaus in Afghanistan (ISAF), zum Einsatz der Tornados und zu "Operation Enduring Freedom" bis Dezember 2009 zu verlängern. Das ISAF-Mandat wurde um weitere 1000 Soldaten aufgestockt. Damit soll wohl die Bundestagswahl 2009 möglichst von der Thematik Afghanistaneinsatz freigehalten werden. Wir dürfen das nicht zulassen und müssen dieses Thema auch in den Wahlkampf hineinbringen!

Anfang November ging die Ära Bush zu Ende. Barak Obama wurde als erster Afroamerikaner zum Präsident der Vereinigten Staaten gewählt. Über 200.000 Menschen waren bei seinem Besuch in Berlin im Juli anwesend. Ich war enttäuscht darüber, dass offensichtlich 20 mal mehr Menschen bereit sind, einem US-amerikanischen Präsidentschaftskandidat zuzuhören, der einen Ausbau des Afghanistaneinsatz fordert und die übrigen Kriegskräfte in Afghanistan mehr in die Pflicht nehmen will, als bereit waren gegen den Afghanistaneinsatz zu protestieren. Kritische Plakate waren übrigens bei der Kundgebung von Obama nicht erlaubt.

Am 3. Dezember wurde ein Abkommens zur Ächtung von Streubomben durch 111 Staaten in Oslo unterzeichnet. Deutschland hat mit dazu beigetragen, dass sogenannte Punktzielmunition nicht in die Kategorie „Streubomben“ fallen. Vor wenigen Wochen hat der Hersteller Diehl in einen Fall bereits erfolgreich dagegen geklagt, dass sein mörderisches Produkt in der Presse als Streumuniti-

on bezeichnet wird. Die Ächtung einzelner Waffenkategorien betrachte ich immer etwas zwiespältig. Es klingt immer ein wenig nach „Ein anderer Krieg ist möglich“ - so als ob nicht Kriege selbst das Problem wären.

Einen Tag nach Weihnachten begann der Gazakrieg, der Krieg zwischen Israel und der Hamas. Über zwölfhundert Tote hat er gekostet. Pünktlich kurz vor der Amtseinführung von Barak Obama ist er wieder zu Ende. Eher islamische Demonstrationen und die Unterstützung der Hamas prägten das Bild der Proteste in Deutschland. Die Friedensbewegung reagierte wie gelähmt. Da die Proteste sehr von pro-palästinensischen Kräften geprägt wurden, war es nicht leicht, Zeichen gegen Krieg und Gewalt zu setzen. Wir dürfen uns nicht auf die Seite einer Kriegspartei ziehen lassen. Es gibt keine gerechten Kriege!

Im Februar hat die US-Regierung beschlossen weitere 17.000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan zu entsenden. Der Druck auf die Alliierten steigt, ebenfalls einen größeren Beitrag in Afghanistan zu leisten. Die Bundesregierung scheint zur Aufstockung bereit zu sein.

Am 4. April feierte dann die NATO ihr 60-jähriges Bestehen. Die NATO hat sich immer mehr zu einem Bündnis zur Absicherung von Rohstoffimporten und zur Durchsetzung neokolonialer Interessen entwickelt. Die NATO bestreitet über zwei Drittel der Rüstungsausgaben der gesamten Welt. Na dann – „herzlichen“ Glückwunsch!

Wie schon gesagt, sind dies nur ein paar Schlaglichter auf das letzte Jahr. Im Augenblick werden über dreißig Kriege und kriegerische Konflikte gezählt. Die meisten davon haben in meiner Rede keine Erwähnung gefunden, aber sie sind nicht vergessen. Von der Ächtung von Krieg und Gewalt als politische Handlungsmethode sind wir weit entfernt. Die Rüstungsausgaben sind auf dem höchsten Niveau der Menschheitsgeschichte.

Die Friedensbewegungen auf der ganzen Welt sind heute sehr wichtig und haben gewaltige Aufgaben zu bewältigen. Ob wir diese Aufgaben bewältigen können, ist zweifelhaft. Aber wir haben keine andere Wahl: Lasst uns immer wieder laut und deutlich aufstehen gegen Unrecht, Unterdrückung, soziale Ungleichheit, Ausbeutung und Mord.

Das Leben von Menschen, die Einhaltung der Menschenrechte, Chancengleichheit, Meinungsfreiheit, für jeden Menschen dieser Erde sind wichtiger, als jegliche nationale und territoriale Frage und Fragen der Rohstoffsicherheit.

Für eine friedliche und gerechte Welt!

Harald Gewehr



4 Friedlicht-Kreuzworträtsel

Wie immer im Friedlicht-Kreuzworträtsel kann als besondere Erleichterung auf jedem einzelnen Feld der Lösungsbuchstabe sowohl waagrecht als auch senkrecht ermittelt werden.

Es gibt auch wieder etwas zu gewinnen: Diesmal vier Preise:

- ▶ Ein Jahresabonnement der *Zivilcourage*, der Zeitschrift der DFG-VK
- ▶ Ein Jahresabonnement der Zeitschrift *Graswurzelrevolution*
- ▶ Ein Exemplar des Buches *Kriegsdienste verweigern. Pazifismus aktuell. Libertäre und humanistische Positionen*
- ▶ Eine CD mit gesammelten Beiträgen des auch aus unserer Radiosendung Pazifissimus bekannten Kurzhörspiels *Friederikes Wi(e)dersprüche*.

Die Buchstaben in den grauen Feldern ergeben von links oben nach rechts unten das Lösungswort.

Lösungswort bitte bis zum 1. Juli 2008 an: DFG-VK Mainz, Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz, oder an dfgvkmz@web.de. Bitte Absendeadresse nicht vergessen und bitte auch angeben, welche Preise gewünscht sind (mit Zweit- und Drittpreferenz). Wir wünschen frohes Kreuzworträtseln.

XMR

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		12
13										14	15	
16			17			18			19			
20		21		22		23	24	25				
26					27				28		29	30
31		32			33		34	35		36		
37	38			39				40			41	
42			43			44	45				46	
47					48					49		50
51		52		53					54		55	
56	57		58				61	62				
	63		64			65				66		67

Waagrecht:

- 1 „Wir führen keinen Krieg“, meinte Schröder vor zehn Jahren. Es war aber sogar ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, geführt von 48 waagrecht.
- 12 Für Atombombenbauende wichtiges Element (chem. Zeichen)
- 13 Römischer Name Yorks.
- 14 Im Kalten Krieg Gegenspieler von West.
- 16 US-Bundesstaat benannt nach französischem Kg. (Abk.).
- 17 Wird in libertären Kreisen gerne eingekreist.
- 18 Nordischer Mitgliedstaat von 48 waagrecht mit Truppen in Afghanistan (Kfz-Kennzeichen).
- 19 Insel in einem US-Bundesstaat, der einst unabhängige Republik war, die 1898 annektiert wurde.
- 20 Vorgänger Mugabes. Ihn und sein rassistisches Regime hatten manche Staaten, die heute die Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe zu Recht kritisieren, lange toleriert.
- 23 Stadt mit Universität seit 1392, bis 1802 kurmainzisch.
- 26 „Schüler“. Von den Geheimdiensten der USA und Pakistans als Gegengewicht zu den Mudschaheddin aufgebaut, heute Kriegs-

gegner von 48 waagrecht.

- 28 Bekannt durch Montagsdemonstrationen und Buchmesse (Kfz.-Kennzeichen).
- 29 Span.: dich/dir.
- 31 Stadt im Ruhrgebiet, demnächst Kulturhauptstadt (Kfz.-Kennzeichen).
- 32 In DK +S + N Gewerkschaftsdachverband (Abk.), in Frankreich arbeiterkämpferische Partei (Abk.).
- 33 2007 wurde auch dort der Kriegsdienstzwang abgeschafft, während der deutsche Staat daran verbissen festhält.
- 37 In Frankreich 1793 kopflos.
- 39 Die DFG-VK-Gruppe in dieser bayrischen Stadt (Kfz.-Kennzeichen) gehört zum DFG-VK-Landesverband Hessen.
- 40 US-Bundesstaat (Abk.), bestimmt traditionell als erster seine Delegierten für die Parteikongresse, die die Präsidentschaftskandidaten küren.
- 41 Von Reptilien und Vögeln gerne gelegt.
- 42 Aus diesem Land wurde die Schriftstellerin Taslima Nasrin wegen ihrer Religionskritik mit Todesdrohungen ins Exil vertrieben.
- 46 Abk. für Eisenbahn für Englischsprachige und für den bras. Bundesstaat Roraima. Initialen eines aus Mainz stammenden Autors („Nationalismus und Kultur“ u.a. Werke).
- 47 Namensgebende Stadt mit Nebenmeer

des Schwarzen.

- 48 Kriegsbande, das ggf. auch völkerrechtswidrig Krieg führt..
- 49 Eine Voraussetzung für 49 senkrecht (chem. Zeichen).
- 50 Eine weitere Voraussetzung für 49 senkrecht (chem. Zeichen).
- 51 XLI + LIX
- 52 Südlicher Mitgliedstaat von 48 waagrecht mit Truppen in Afghanistan (Kfz.-Kennzeichen).
- 53 „Cat“ und „dog“ als solches beliebt.
- 54 „Eine wird darum noch nicht wahr, weil jemand sich dafür geopfert hat.“ (Oscar Wilde)
- 56 So darf der Kabarettist Jürgen Becker Kardinal Meisner nicht mehr nennen.
- 63 In Städten wie Frankfurt und London Hinweis auf Subterrane.
- 64 Auch im Reformvertrag von Lissabon verpflichten sich ihre (Abk.) Mitgliedstaaten „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“.
- 65 Kann positiv oder negativ geladen sein.
- 66 Am ersten des Monats stellt sich in Mainz ein breites Bündnis dem geplanten Nazi-Aufmarsch entgegen.

Senkrecht:

- 1 Der Wald dort ist ein Ort des Widerstands gegen Flughafenerweiterung und Naturzerstörung.
- 2 Wenn es nach ihm geht, muss die Bundeswehr in Afghanistan der NATO noch öfter einen Gefallenen tun.
- 3 Wasser in der Sprache des Gastgeberlands der großen Wasserkonferenz im März. Ältere erinnern sich noch an eine ehemalige Weltmacht (Abk.)
- 4 Produkt römischer Redekunst.
- 5 Hinrichtungsfreudiger „jungfräulicher“ US-Bundesstaat (Abk.). Nach Zahl der Hinrichtungen liegt er hinter Texas, in Relation zur Bevölkerung vor Texas.
- 6 So bejaht man im Okzitanischen, der Langue d'...
- 7 Befeuchtet einen Teil der Grenze zwischen Namibia und Angola.
- 8 Die Mitgliedschaft dieser Republik im Indischen Ozean (Kfz-Kennz.) wurde wegen des nicht-konstitutionellen Machtwechsels im März 2009 von 8 senkrecht suspendiert.
- 9 Im Türkischen gibt's zwei davon: mit und ohne Punkt.
- 10 Mitgliedstaat von 48 waagrecht, der seine Truppen aus dem Irak abgezogen und den Abzug aus dem Kosovo angekündigt hat. (Kfz-Kennz.)
- 11 Heilig linksrheinisch zwischen Bingen

und Koblenz.

- 12 Auch im bolivarianischen Venezuela noch aktuell: Doktrin zur Rechtfertigung absurder Territorialansprüche hispanoamerikanischer Staaten: ... possidetis iuris.
- 15 Die DFG-VK verleiht den Bertha-von-.....-Kunst- und Medienpreis. Zwei der Einreichungen werden in Veranstaltungen der DFG-VK in Mainz präsentiert: <Daten> im Haus Mainusch.
- 19 Regime, das gerne Menschen, auch Minderjährige, wegen ihres privaten Lebenswandels öffentlich aufhängt oder steinigt.
- 21 Diesen Staat vertrat 2 senkrecht als Senator.
- 22 Gehörte als Hauptnachschubhafen an der Nordsee zur US-Zone in Deutschland (Kfz-Kennz.)
- 24 Südafrikanische Währung. (Abk.)
- 25 Reintegriert sich militärisch in die NATO (Kfz-Kennz.)
- 27 Hunderttausende von ihnen wurden vor zehn Jahren vom jugoslawischen Staat aus dem Kosovo vertrieben, paradoxerweise in großem Umfang erst nach Beginn des NATO-Bombardements, das sie doch eigentlich schützen sollte.
- 30 Vor 1453 eine Zeitlang osmanische Hauptstadt, in vorosmanischer Zeit Adrianopel.
- 34 16. Konsonant im lateinischen Alphabet.
- 35 Kath. Priester und Präsident des klerikal-

- faschistischen Regimes in der Slowakei während des 2. Weltkriegs.
- 36 Brachte Religionsfrieden, Brecht und Puppenkiste hervor (Kfz-Kennz.).
- 38 Organisation amerikanischer Staaten (Abk.), die Mitgliedschaft Cubas ist allerdings suspendiert.
- 39 Die Anfangsbuchstaben zeigen die arabische Herkunft: kohol, gebra, gorithmus, manach.
- 43 Er war der wichtigste Flugschriftenautor der gewaltfreien sozialrevolutionären Bewegung der Diggers: Initialen.
- 44 Kofferwort aus Daten und Kartei.
- 45 Machtausübungsmethode: Divide .. impera.
- 49 Poetische Respiration.
- 53 Peace Pledge Union, britische Partnerorganisation der DFG-VK: Abk.
- 54 Die .. Metall Wiesbaden-Limburg hat 2009 zum Mainz/Wiesbadener Ostermarsch aufgerufen.
- 55 Engl., span., ital.: Zeitalter.
- 57 Früher „Organisation für afrikanische Einheit“, seit 2002 ...(Abk.)
- 58 frz.: sich, man.
- 61 Zur Abwehr von Faulenzern, die anderen ihre Arbeit aufhalsen wollen: „... it yourself.“
- 62 .. vino veritas.
- 67 Martin Luther King 1963: “. have a dream“.

Einberufungspraxis der Bundeswehr verfassungswidrig? Zum Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln

Im März hat das Verwaltungsgericht Köln erneut die gegenwärtige Praxis der Einberufungen zur Bundeswehr für verfassungswidrig erklärt und die Einberufung zweier Kläger ausgesetzt. Die Entscheidung darüber, ob der Kriegsdienstzwang verfassungsgemäß sei, liegt nun beim Bundesverfassungsgericht (BVG).

Staat, Militär und Justiz sprechen bezüglich Kriegsdienstzwang und Militärdienst von „Wehrpflicht“ und „Wehrdienst“. Der Wortbestandteil „Wehr“ ist in zweifacher Hinsicht falsch. Erstens suggeriert er, dass der jeweilige Staat den Militärapparat nur organisiert, um sich zu wehren, was angesichts der deutschen Angriffskriege von den Kolonialkriegen des Kaiserreichs über die beiden Weltkriege bis hin zum Kosovokrieg eindeutig falsch ist. Zweitens leisten genau diejenigen den sogenannten Wehrdienst, die sich nicht erfolgreich gegen die staatliche Zwangsrekrutierung wehren.

Die beiden Einberufenen, die in Köln geklagt hatten, bleiben bis zur Entscheidung in der Sache von Gefangenschaft und Kriegsdienst in der Bundeswehr verschont. Das Verwaltungsgericht Köln hatte bereits früher

die Einberufungspraxis für verfassungswidrig erklärt und 2005 dem BVG, die Frage vorgelegt, inwieweit der Kriegsdienstzwang verfassungsgemäß sei. Das BVG bearbeitete den Fall so langsam, dass in der Zwischenzeit der Einberufene die Altersgrenze für Einberufungen erreicht und sich somit nach Meinung der Justiz eine Entscheidung erübrigt hatte.

Aus menschenrechtlicher und friedenspolitischer Perspektive sieht es auf den ersten Blick vielversprechend aus, wenn es so wirkt, als würde ein Gericht den Kriegsdienstzwang für verfassungswidrig erklärt. In der Tat wäre es erfreulich, wenn diese Gerichtsentscheidung das Ende des Zwangskriegsdienstes in Deutschland herbeiführen würde.

Erschreckend sind jedoch die Argumentation des Gerichts und die dahinterstehende Logik. Das Gericht bemängelt lediglich, dass nur eine Minderheit der zur Verfügung stehenden jungen Männer zur Bundeswehr einberufen wird, während die Mehrzahl eines Jahrgangs weder bei der Bundeswehr noch im Zivildienst landet. Damit sei der Grundsatz der Gleichbehandlung verletzt.

„Der Grundsatz der Wehrgerechtigkeit ist nicht mehr gewahrt.“

„Wehrgerechtigkeit“ bedeutet, dass möglichst alle gleichmäßig von Kriegsdienstzwang betroffen sein sollen. Nicht die Zwangsrekrutierung wird als Unrecht empfunden, sondern dass die Mehrheit der von ihr Bedrohten dieser Menschenrechtsverletzung entgeht.

Zwangsrekrutierung ist eine Menschenrechtsverletzung. Sie negiert das Recht des Menschen auf Leben, persönliche Unversehrtheit, Freiheit, Gewissensfreiheit, Berufsfreiheit und Freizügigkeit. Sie ist immer Unrecht. Eine Menschenrechtsverletzung wird keineswegs gerecht, wenn sie gleichmäßiger verteilt wird.

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Unter dieser Prämisse kann es nur als Unrecht eingestuft werden, wenn auch nur ein Mensch gezwungen wird, an diesem Verbrechen mitzuwirken.

Die Argumentation des Kölner Gerichts, die auch den allgemeinen politischen Diskurs dominiert, ist Ausfluss eines totalitären Zugs der deutschen politischen Kultur, der Staatsvergötzung, die im Gedanken gipfelt,

Wie „Friederikes Wi(e)dersprüche“ entsteht

Friedenspolitischer Dialog

„Friederike“, sagte Anton, „schickt der Obama jetzt das ganze Militär ins Zivilleben?“. „Anton, wir werden nicht arbeitslos! Obama ist schließlich kein Pazifist!“. So könnte der nächste friedenspolitische Dialog „Friederikes Wi(e)dersprüche“ zwischen Friederike und Anton beginnen, der in der DFG-VK-Sendung „Pazifissimus“ jeweils am ersten Mittwoch des Monats von Radio Quer über die Frequenz der Wiesbadener Rheinwelle ausgestrahlt wird; im Internet steht er unter „www.militaer-gehört-abgeschafft.de“ jederzeit zur Verfügung. Friederike und Anton sprechen, diskutieren und streiten über die Friedenspolitik, die der Bevölkerung der BRD zugemutet wird. Und die Papageiendame Frieda unterstützt sie dabei mit dem Logo des Dialogs „Militär gehört abgeschafft“. Sie bringen Informationen aus aller Welt in leichter Form, ein bißchen Infotainment, ein bißchen belehrend. Friederike ist die Friedensaktivistin, die die Fragen des etwas trägen Anton beantworten kann. Aber auf die United Nations, die UN, läßt Anton nichts kommen: „Wenn wir die nicht hätten, dann wäre das Chaos komplett“. Und beide sind sich einig, daß die Welt ohne Militär weniger gewaltbereit wäre.

Informationen, Informationen....

Heute wollen wir mal hinter die Kulissen schauen, einen Blick werfen in die Redaktion, die „Friederikes Wi(e)dersprüche“ produziert. Anfang des Monats geht die Arbeit für die nächste Sendung los: Da wird eine große ausländische Tageszeitung – die Bundesrepublik von außen – täglich ausgewertet und ausgedruckt. Da die Redaktion auch Nachrichten und ausgesuchte Berichte zugemailt erhält – so zum Beispiel die täglichen Morgennachrichten und den Pressespiegel des Deutschlandfunks – muß sehr viel Material begutachtet und ausgewählt werden. Auch die alternative Presse und andere alternative Quellen wie zum Beispiel die Veröffentlichungen von der DFG-VK, von Connection e.V. und Ohne Rüstung Leben werden ausgewertet. Das Internet erlaubt andere ausländische Zeitungen nach Informationen zu durchsuchen (wie zum Beispiel die Londoner Times, die Washington Post und das Monatsheft The New Yorker).

Redaktionssitzung

So bildet sich im Laufe des Monats eine Fundgrube an Meldungen, die wir, die beiden Redaktionsmitglieder, meist eine Woche vor dem Fertigstellungstermin sichten: einige Themen werden ausgesucht, die das Rückgrat der nächsten Sendung bilden könnten. Wir teilen die Themen zwischen uns auf und sehen uns im Laufe der Woche das gesammelte Material an, soweit es die Berufsarbeit erlaubt. Im Idealfall entsteht auch für jedes Thema der Entwurf eines Dialogs.

Bei



der eigentlichen Redaktionssitzung werden die Dialogentwürfe gemeinsam durchgesprochen. Erst wenn alle Themen in einer verwendbaren Dialogform vorliegen, wird die Reihenfolge der einzelnen Abschnitte festgelegt und dann textlich miteinander verbunden – manchmal auch „gewaltsam“ mit dem Vermerk „Kleine Pause“ – auch bei normaler Unterhaltung wird ja häufig das Thema mehr oder weniger plötzlich gewechselt. Eine erneute Überarbeitung des Textes – hinsichtlich Stil, Verständlichkeit und Sprechbarkeit – schließt die Redaktionsarbeit ab.

Besser sprechen

Wir sprechen auch unsere Texte selbst. Zunächst wärmen wir uns durch Lockerungsübungen auf, sprechen dann den Dialog mehrmals ohne Mikrofon, einmal auch mit vertauschten Rollen. Danach wird es am Mikrofon ernst, aber das Sprechen ins Mikrofon geht meist mit wenigen Versprechern ohne Probleme über die Bühne. Dann wird sofort das Ergebnis in den Computer eingelesen und wieder angehört, wobei alle Fehler im gedruckten Sprechtext und im Computer durch eine Markierung gekennzeichnet werden. Es kommt vor, daß wir dann manchmal einzelne Abschnitte ein zweites Mal ins Mikro sprechen, aber das ist im Laufe der sieben

Jahre, die wir den Hördialog jetzt produzieren, immer weniger geworden. Es erfolgt nun die Bearbeitung im Computer, bis auch Frieda, unsere Papageiendame, mit ihrem „Militär gehört abgeschafft“ in die Sendung eingefügt ist, ein sendefähiger Dialog vorliegt und im Computer abgespeichert ist.

Ins Internet laden

Für unsere Internet-Präsentation wird der Hördialog viermal in unterschiedlichen Formaten zunächst auf einen Speicherstick geladen, der stets den gleichen Inhalt haben soll wie unsere Webseite, ein sogenannter Spiegel. Auf diesem werden dann auch die Webseiten geändert. Erst dann kann die Verbindung zu unserem Provider aufgebaut werden und alle neuen und die geänderten Dateien werden vom Spiegel ins Internet übertragen. Eine Schlußprüfung auf der Webseite schließt diesen ganzen Vorgang ab, eine Email „Neue Friederike ist da“ wird an diejenigen gesandt, die dies angefordert haben.

Archivierung und Dokumentation

Während im Internet die immer gleichen Intro und Outro der Sendung programmtechnisch hinzugefügt werden, sind in unserem Archiv alle Sendungen mit Intro und (kurzem) Outro zusätzlich auf DAT-Kassetten abgespeichert. Dazu werden im Computer Intro und Outro dem Dialog vorangestellt bzw. angehängt. Außerdem wird für eine interessierte bekannte Familie eine MC-Kassette erstellt. In manchen Fällen werden auch noch Beleg-CDs für Initiativen produziert, die in der entsprechenden Sendung erwähnt sind.

Damit ist aber noch immer nicht alles abgeschlossen: im Sprechtext sind zu diesem Zeitpunkt nur einige der Quellen angegeben, fehlende müssen nachgetragen werden. Die Originalquellen werden archiviert – jeden Monat ein dicker DIN A4 Umschlag. Außerdem sind im Anhang des Sendetextes wichtige Quellen auszugsweise oder manchmal als Volltext wiedergegeben; erst wenn dies alles fertig ist, kann die gesamte Dokumentation ausgedruckt und mit Erstellung einer PDF-Datei für die Funktion „LESEN“ auf unserer Webseite abgeschlossen werden.

Stichworte und Vortexte

Eine Textversion des Sprechtextes wird gesondert abgespeichert, um das Stichwortverzeichnis durch ein eigenes PERL-Programm erzeugen zu können; das Ergebnis ist eine HTML-Datei, die dann noch ins Internet geladen wird. Damit entsteht im Stichwortverzeichnis für jedes Stichwort eine Liste der Sendungen, in denen dieses Wort vorkommt; durch Anklicken eines bestimmten Monats wird der entsprechende Sendetext auf den Bildschirm geladen mit einer Liste aller Fundstellen in diesem Text, die erste ist bereits markiert.

Um im Archiv für ältere Sendungen

eine zeitliche Einordnung zu erleichtern, werden die wichtigsten Ereignisse des betreffenden Monats in einem Vortext festgehalten. Dieser wird von einem befreundeten Sprecher gesprochen und dann ins Internet gebracht. Die Übertragung ins BFR-Archiv (Bund Freier Radios) – wo die Sendung für andere Rundfunksender zur Verfügung steht, wird vom gleichen Bekannten vorgenommen.

Weiteres und Weiter

Verglichen mit der kleinen Sendung von etwa 3 Minuten, mit der diese Sendereihe vor etwa 7 Jahren begonnen

hat, ist heute der monatliche Aufwand sehr viel höher, zumal heute auch noch eine Seite „Aktuelles aus Friedens- und alternativen Bewegungen“ in unserer Webpräsentation bearbeitet werden muß. Wir hoffen, daß unsere Bemühungen recht vielen Friedensfreunden und –freundinnen einmal im Monat Informationen mit dem Schmunzeleffekt jetzt und in Zukunft bieten. Und was hat Frieda zu sagen?

„Militär gehört abgeschafft!“.

Ursula Löw und Klaus Hecker

Fortsetzung von Seite 5

dass das Individuum dem Staat dienen muss. „Hamse jedient?“ war die fürs wilhelminische Kaiserreich typische Frage. Die Dienstideologie ist bis heute aktuell, auch wenn sie seit den 1990er Jahren deutlich an Zustimmung verloren hat. Aber trotzdem ist sie noch immer lebendig. Der Dienstgedanke hat sogar eine zivile Variante entwickelt, wonach Militärdienst zwar nicht mehr positiv gesehen wird, aber dafür ein Zwangszivildienst doch als erstrebenswert und erzieherisch wertvoll gilt.

Besonders absurd wirkt das Gerede von der Wehrgerechtigkeit, wenn man bedenkt, dass nur Männer Opfer sind. Hier gilt kein Antidiskriminierungsgesetz. Auch dies ist nur denkbar vor dem Hintergrund des allgemein verbreiteten sexistischen politischen Denkens, das davon ausgeht, dass es gerecht und normal ist, dass Männer auf Schlachtfelder geschickt und massenhaft ermordet werden oder zumindest in Kasernen gefangen gehalten werden.

Kriegsminister Jung hat wenige Tage nach der Kölner Entscheidung angekündigt, zukünftig wieder verstärkt zur Bundeswehr einzuberufen und für diesen Zweck 5000 Stellen für Unterbringung der zusätzlichen Zwangsrekrutierten zu schaffen. Der böse Wille ist also eindeutig vorhanden. Erstens bleibt abzuwarten, ob Jung diese schon früher verkündete Absicht angesichts der Finanzlage umsetzen kann, zweitens würde es an der vom Kölner Gericht bemängelten Situation nichts ändern.

Ob und wie das BVG entscheiden wird, ist offen. Es wird nach bisheriger Erfahrung eine politische Entscheidung sein.

Gerade wenn es um den Kriegsdienstzwang geht, werden erfahrungsgemäß Verfassungsbestimmungen in besonders krasser Weise missachtet. Laut Grundgesetz sollen Männer und Frauen gleich sein, aber der Kriegsdienstzwang richtet sich nur gegen

Männer. Laut Grundgesetz soll die Dauer des Ersatzdienstes die Dauer des Militärdienstes nicht überschreiten, aber der Zivildienst war bis vor kurzem länger. Laut Grundgesetz darf niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden, aber genau das wurde jahrzehntelang getan, und auch heute werden in der schriftlichen Gewissensprüfung immer noch Kriegsdienstverweigerer abgelehnt. Laut Grundrecht darf kein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden, doch der Kriegsdienstzwang hat genau das zur Folge.

Wenn eine Grundsatzentscheidung vermieden werden soll, liegt es für das BVG nahe, wieder zu warten, bis die beiden Kläger die Altersgrenze erreicht haben, die sich dann darüber freuen können, dass ihnen Bundeswehr und Zwangsdienst erspart bleiben. Wenn es politisch erwünscht ist, dem Beispiel zahlreicher europäischer Staaten zu folgen und den Kriegsdienstzwang abzuschaffen oder auszusetzen, ist mit einer Entscheidung im Sinn des Kölner Verwaltungsgerichts zu rechnen. Sie hätte für Staat und Militär den Vorteil, dass das Prinzip des Kriegsdienstzwangs nicht angetastet würde, sondern dass er nur unter den gegenwärtigen Umständen nicht praktikierbar wäre.

Man könnte gegen das zweite Szenario einwenden, dass die Regierungsparteien dies auch ohne BVG beschließen könnten, zumal alle Oppositionsparteien für die Abschaffung des Kriegsdienstzwangs plädieren. Allerdings wäre es nicht das erste Mal, dass eine Parteiführung sich hinter einer Entscheidung des BVG versteckt, um der Parteilinie eine Entscheidung als alternativlos zu verkaufen, die der bisherigen Parteilinie widerspricht. Die SPD-Parteilinie hat dies bei der Entscheidung um die Auslandseinsätze der Bundeswehr genutzt. CDU/CSU und große Teile der SPD sind aus ideologischen Gründen der Zwangsdienstidee so sehr ver-

haftet, dass sie sich mit der Aussetzung oder Abschaffung des Kriegsdienstzwangs am leichtesten abfinden könnten, wenn es ihnen nicht als Wille der Bundesregierung, sondern als Sachzwang aufgrund der Entscheidung des BVG dargestellt wird.

Es ist keineswegs reine Glücksache, ob man zur Bundeswehr einberufen wird oder nicht. Das ist es nur, wenn man selbst nichts unternimmt und lediglich abwartet, was die Bundeswehr tut. Angesichts der zahlreicher gewordenen legalen Möglichkeiten, dem Kriegsdienstzwang sowohl in der Form des Bundeswehrdienstes als auch des Zivildienstes zu entgehen, hängt viel vom eigenen Verhalten ab. Wer z.B. weiß, dass eine Berufsausbildung eine Zurückstellung von der Bundeswehr mit sich bringt, oder dass Verheiratete verschont werden, könnte dafür sorgen, dass der Ausbildungsvertrag vorliegt oder dass er verheiratet ist, bevor die Bundeswehr überhaupt eine Chance hat, eine Einberufung zu schicken. Dasselbe gilt für etliche andere Umstände, die zeitweilig oder dauerhaft eine Einberufung unmöglich machen.

Weitere Informationen dazu: www.wehrpflichtvermeidung.de/cms/kdv/vermeidung/vermeide2.htm, www.Zentralstelle-KDV.de, www.kampagne.de.

Im Einzugsbereich des Verwaltungsgerichts Köln haben jetzt schon mehrfach Klagen gegen die Einberufungspraxis dazu geführt, dass die Einberufung für den Kläger vorläufig außer Kraft gesetzt wurde. Gerade nach der neuesten Entscheidung stellt sich die Frage, warum sich dort überhaupt noch jemand klaglos zur Bundeswehr einberufen lassen sollte.

XMR

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Termine und Infos

Die DFG-VK Gruppe Mainz gibt es auch live (on Air), in Farbe, in bunt und real. Hören kannst Du unsere Sendung **Pazifissimus** jeden 1. Mittwoch im Monat von 16 - 18 Uhr und jeden 2. von 16 - 17 Uhr, im Rahmen der Medieninitiative Radio Quer e.V. auf der Wiesbadener Lokalfrequenz 92,5 Mhz. Bei Fragen, Anmerkungen, Lob und Kritik erreichst Du unsere Redaktion unter: pazifissimus@web.de

Auf youtube.com findest Du Filme über unsere Aktivitäten, wenn du den **querdenker0** suchst.

Der **Ostermarsch** dieses Jahr ist am 11.04.09. Den Osterhasen, viele Kulturevents und interessante Reden begleiten Dich ab 10.30 Uhr vom Hauptbahnhof, mit einem Spaziergang durch die Innenstadt, zum Schillerplatz. Wir wollen ja nicht alles verraten, aber es wird einen spannenden Jahresrückblick geben, wir hinterleuchten den Zusammenhang zwischen Rüstungsausgaben und Sozialabbau und sicher wird uns auch Werner Rätz eine Menge zu sagen haben.

Am **1. Mai** feiern wir leider nicht nur den „Tag der Arbeit“, sondern müssen uns leider auch damit befassen, dass Faschos in größerer Zahl über Mainz herfallen wollen. Die Proteste sind so stark, wie DEIN Engagement.

Im Mai stellen wir Euch zwei Einreichungen des Bertha-von-Suttner-Preises vor, die uns besonders am Herzen liegen. Einen Film und eine Lesung. Die Lesung findet am **12. Mai 09** statt und den Film könnt Ihr am **26. Mai**, jeweils um 20 Uhr im Haus Mainusch, dem autonomen Zentrum an der Uni in Mainz, Staudinger Weg 23 hören und sehen. Seid gespannt!

Natürlich machen wir auch jede Menge Infostände. Wir sind auf der **Mainzer Mini-presse Messe** (21. - 24. Mai 2009), dem **AStA-Sommerfest**, dem **Open Ohr** (29.05. - 01.06.) , „**Folkore im Schlachthof**“ (28.08-30.08.09), bei der **Mainzer Sommerschwüle** (25.07.) und beim **Rockfield Open Air** in Kastel (07-09.08). Ihr seht, wann immer in Mainz irgendwas wichtiges los ist, sind auch wir nicht zu übersehen!

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

Landesverband Hessen & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Tel. 069-431440, Fax 069-4990007, dfgvkhessen@t-online.de
Ahr-Rhein-Eifel: c/o Angelika Jürgensonn-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing, Tel. 02636-80 81 07 angelika62de@yahoo.de

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen): c/o Gunnar Schedel, Hangstr. 3, 63768 Hösbach, Tel. + Fax 06021-581 734 (Alibri-Verlag),

verlag@alibri.de, *Kriegsdienstverweigerungsberatung* nach telefonischer Vereinbarung
Bad Kreuznach & Landesverband Rheinland-

Pfalz: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach, juergenlocher@superkabel.de, Tel. 0671-62878,

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung

Bensheim: Klaus Lemmes, Starkenburgstr. 4, 64625 Bensheim, Tel. 06251-644 26. *Kriegsdienstverweigerungsberatung* nach telefonischer Vereinbarung

Darmstadt: c/o Michael Bauer, Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt, DFGVKDarmstadt@aol.com

Gruppentreffen dienstags 19.30 Uhr, ehemalige Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42. *Kriegsdienstverweigerungsberatung* telefonisch: Tel. 06151-375662

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt. Tel. 069-498 03 94 Fax 069-499 0007, dfgvkkfm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: monatlich, meist montags 19 h. Genauen Termin bitte erfragen. *Kriegsdienstverweigerungsberatung* 1. Montag im Monat 18 h

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27, 61169 Friedberg, dfgvk-friedberg@web.de

Beratung der DFG-VK für Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei:

Tel. 0162-6997237, montags - freitags, 15-17 h Zeynnetin Er, Marktstr. 18, 35452 Heuchelheim

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung, Tel. 0561-89 30 27

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung: Tel. 06441-25462 (Martin Otto), 06441-71416 (Stefan Rohleder)

Mainz: c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz. *Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung:* 1. Montag im Monat, 19.30 h dfgvkmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg, Tel. 06421-217 83, dfgvk@lahn.net, www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

Gruppentreffen montags 20 h, Kfz, Schulstr.6. *Radiosendung:* KALASCHNIKOV - das Magazin für militanten Pazifismus.

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wiederholung in der jeweils folgenden Woche um 15 h bei Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach. Tel. + Fax: 069-81 51 28, office@Connection-eV.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1, 54290 Trier-Tel. 0651-9941017, agf-trier@t-online.de

Westpfalz: klawir@atomstromfrei.de

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Wilhelminenstr. 30, 65193 Wiesbaden, Tel. 0611-910 36 66, Fax 0611-910 36 65, peter.silbereisen@web.de

Radiosendung PAZIFISSIMUS (Sendung von DFG-VK Mainz & Wiesbaden): jeden zweiten Mittwoch im Monat, 16 h, im Rahmen des Programms von Radio Quer auf der Wiesbadener Lokalfrequenz UKW 92,5 MHz pazifissimus@web.de

Internet:

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de

DFG-VK Marburg: www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de

Beratung für Verweigerer(-innen) aus den USA:

Military Counseling Network (MCN): Hauptstr. 1, 69245 Bammental, Tel. + Fax 06223-477 91, mcn@dmfk.de, www.getting-out.de

Iraq Veterans Against the War, IVAW-Europe/Germany: Chris Capps-Schubert, Hanau, Tel. 06181-610 4747, ivaw.europe@gmx.net

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen), Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach
Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,
office@Connection-eV.de
www.Connection-eV.de

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



Gruppe Mainz

c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz
Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung
am 1. Montag im Monat 19:30 Uhr
Konto 3683 00-600, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60
dfgvkmz@web.de www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK, sowie die Zeitschrift Graswurzelrevolution sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr.40, Mainz

ViSDP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Martinsstraße 2, Mainz